

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln

Das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, ist Teil einer langfristig angelegten integrierten Stadtentwicklungspolitik.

Wohnen in Nachbarschaften wurde in Verbindung mit dem Programm Soziale Stadt erstmals für den Zeitraum von 1999 bis 2004 als ressortübergreifende Aufgabe von der Stadtbürgerschaft beschlossen.

Handlungsfelder sind die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, die Stärkung der regionalen bzw. lokalen Wirtschaftsentwicklung, Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote, die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten sowie die Entwicklung sozialer und kultureller Netzwerke zur Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Im September 2002 nahm die Stadtbürgerschaft einen Bericht der Verwaltung zum Stand der Umsetzung der Programme WiN und Soziale Stadt zur Kenntnis. Sie forderte den Senat auf, bis zum Jahr 2004 eine Evaluation durchzuführen und das Programm Wohnen in Nachbarschaften ohne Unterbrechung für den Zeitraum 2005 bis 2010 bei bedarfsgerechter finanzieller Ausstattung und auf der Grundlage der Ergebnisse der Evaluation fortzuführen.

Die Gutachter stellten fest, dass mit dem Programm WiN eine deutliche Verbesserung sowohl der baulichen als auch der sozialen Situation erreicht werden konnte, und empfehlen die Fortführung des Programms.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft nimmt die Evaluation der Programme Wohnen in Nachbarschaften und Soziale Stadt zur Kenntnis, und bekräftigt ihren Beschluss vom September 2002 zur Fortsetzung des Programms bis 2010.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, alle bereitgestellten Bundesmittel insbesondere aus den Programmen Städtebauförderung, Soziale Stadt, Stadtumbau-West zu komplementieren, und für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in den Stadtteilen Bremens einzusetzen.
3. Die Stadtbürgerschaft erwartet die Erarbeitung quartiersbezogener, integrierter Handlungskonzepte, die sich nicht nur an den Fördermöglichkeiten aus den Programmen WiN und Soziale Stadt orientieren, sondern eine ressortübergreifende Vernetzung aller Programme und Fördermöglichkeiten für Maßnahmen vorsehen, die für eine nachhaltige Stabilisierung und Aufwertung von Stadtteilen akquiriert werden können.

Die geförderten Projekte müssen die Ziele des Handlungskonzeptes unterstützen und nachhaltig sein.

In diesem Sinne sind Kriterien für die Projektentwicklung und die Ergebniskontrolle zu entwickeln.

4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zeitnah mit vorbereitenden Untersuchungen der zusätzlich vorgeschlagenen Gebiete mit sozialer Problematik zu beginnen.

Diese Untersuchungen sollen auch für andere problembelastete Kleinbereiche durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, welche Förderprogramme am sinnvollsten für eine nachhaltige Problemlösung in diesen Gebieten eingesetzt werden können.

5. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass in den Gebieten, für die eine reduzierte Förderung vorgeschlagen wird, die Entwicklung kontinuierlich durch das Monitoring beobachtet wird, die Mittel bedarfsgerecht bemessen und Stabilisierung und Weiterentwicklung des durch die WiN-Förderung Erreichten über andere Maßnahmen bzw. Programme – über die Grundförderung von WiN hinaus – nachhaltig gesichert werden.
6. Die Stadtbürgerschaft erwartet ferner, dass vor der endgültigen Herausnahme eines Gebietes aus der WiN-Förderung eine Bewertung der weiteren Entwicklungsperspektiven stattfindet und den zuständigen Deputationen zur Beratung vorgelegt wird.
7. Die Stadtbürgerschaft bedauert, dass die von ihr bereits 2002 geforderte Schwerpunktsetzung auf die Handlungsfelder „Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie“ sowie „Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung“ bisher nicht erfolgt ist. Sie erwartet, dass die Projektentwicklung in diesen Bereichen künftig erheblich intensiviert wird.
8. Die Stadtbürgerschaft befürwortet die Einrichtung eines Monitoringsystems. Sie erwartet alle zwei Jahre einen Bericht über die Ergebnisse dieser systematischen Beobachtung, über die Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte, über die Abwicklung der Programme WiN und Soziale Stadt sowie deren Vernetzung mit anderen Programmen zur Stadtteilaufwertung.

Dr. Carsten Sieling, Uta Kummer, Frank Pietrzok,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Dieter Focke, Karl Uwe Oppermann,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU